Leserbriefe - Leserbriefe

Auf den Abdruck des Namens bei Leserbriefen kann nur in Ausnahmefällen verzichtet werden. Herausgeber und Redaktion sind nicht für den Inhalt der Briefe verantwortlich und behalten sich Ablehnung und Kürzung vor.

Skandal

Die krampfhaft einseitige Berichterstattung Jürgen Dicks in kommunalpolitischen Angelegenheiten der Stadt Bruchköbel nimmt langsam groteske Züge an. Ein Skandal aber ist es, wenn er sich als Redakteur einer Zeitung in seinem Kommentar herausnimmt, die Wahrheit in ihr Gegenteil zu verfälschen und dabei Unwahrheiten zu verbreiten. Zur Ablehnung von Ausnahmen für die gerade im Februar mit den Stimmen von allen Fraktionen verabschiedete Stellenbesetzungssperre schreibt Herr Dick: „Trotzdem wollte die Opposition das Thema noch nicht einmal im Ausschuss mehr beraten, sondern stimmte das Ansinnen Maibachs einfach nieder." Die Wahrheit ist, dass die BBB-Fraktion den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss überhaupt erst gestellt hatte und dieser Antrag von den Oppositionsfraktionen SPD und FDP mitgetragen wurde. Es waren die Fraktionen von CDU und Grünen, die den Antrag abgelehnt hatten und es damit unmöglich gemacht haben, dass der Bürgermeister seine dürftig begründete Vorlage im Ausschuss zur Überzeugung auch der Opposition hätte näher erläutern können. Sinn der Stellenbesetzungssperre, die immer nur bestehende und niemals neu zu schaffenden Stellen betrifft, ist es nämlich, dass der Bürgermeister bei Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zunächst einmal in der Verwaltungsorganisation alle Möglichkeiten ausschöpft, um durch Aufgabenkritik und organisatorische Änderungen diese Stellen ganz oder teilweise zumindest vorübergehend einzusparen. Dass dies geschehen und praktisch undurchführbar ist, wäre vom Bürgermeister darzulegen gewesen. Dann hätten die Oppositionsfraktionen seiner Vorlage auch zugestimmt. Andernfalls war die Vorlage abzulehnen; denn die Stellenbesetzungssperre dient nicht etwa einer Gängelung des Bürgermeisters oder der Verwaltung, sondern sie ist der leider erforderlich geworden, weil der Bruchköbeler Haushalt dauerhaft mehr Ausgaben tätigt, als er Einnahmen erzielt reich der laufenden Verwaltung wie den Personalkosten. Die Ablehnung der Wiederbesetzung von Stellen ist deshalb nicht „unfair" gegenüber dem Bürgermeister, wie der Kommentator meinte; unfair ist der leichtfertige Beschluss von Ausgaben, die von den Einnahmen nicht gedeckt werden und von künftigen Generationen bezahlt werden müssen. Abschließend sei noch angemerkt, dass das Instrument Stellenbesetzungssperre vom CDU-geführten hessischen Innenministerium für defizitäre Kommunen wie Bruchköbel ausdrücklich empfohlen wird.

Patrick Baier,
stv. Fraktionsvorsitzender SPD Alexander Rabold,
Fraktionsvorsitzender BBB

Antwort des Getadelten

Ich räume etwas zerknirscht ein, dass ich mich in meinem Kommentar bei Verwendung der Bezeichnung „Opposition" geirrt habe. Herr Baier und Herr Rabold stellen das in ihrem Schreiben berechtigt richtig. Ein Irrtum ist bisweilen aber eben nur: ein Irrtum. Keinesfalls bestand meine Absicht darin, „die Wahrheit in ihr Gegenteil zu verfälschen" oder „Unwahrheiten zu verbreiten", wie die beiden ungnädigen Kritiker meinen.

Ihre Aufregung lässt aber ahnen, dass mein Kommentar einen wunden Punkt traf. Es ist nämlich durchaus erlaubt, die Ablehnung der Personaleinstellungen als unfair zu bezeichnen. So viel Meinung darf sein. Zumal, weil diese Ablehnung ohne genauere Kenntnis der Personalsituation der städtischen Verwaltung durchgesetzt wurde – was die beiden Vorsitzenden sogar indirekt eingestehen. Der Bürgermeister ist dabei nicht der eigentlich Leidtragende. Es werden sich ab jetzt vielmehr die Mitarbeiter in Rathaus und Bauhof bei jeder Kündigung oder Sterbefall eines Kollegen, einer Kollegin die bange Frage stellen dürfen, ob ihnen ihr gewähltes Parlament dafür das Arbeitspensum heraufsetzt. Es ist eine interessante Fußnote, dass ein derart mechanistischer Umgang mit Arbeitnehmern von der SPD Bruchköbel mitgetragen wird.